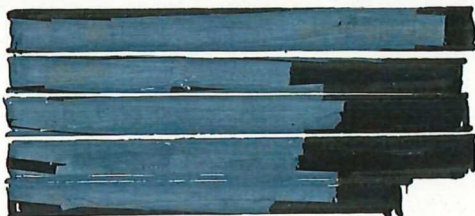




# Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM  
MINISTERIALDIRIGENT PROFESSOR DR. CLAUD EISELSTEIN

Staatsministerium · Richard-Wagner-Straße 15 70184 Stuttgart



Datum 09. Dezember 2020

Name Be


Durchwahl 0711 2153-

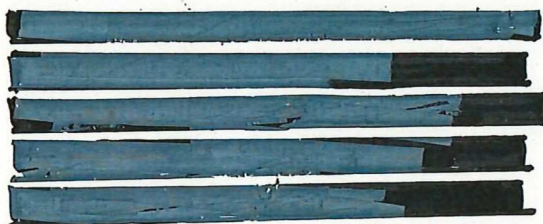
Telefax 0711 2153-

Aktenzeichen III/5421

(Bitte bei Antwort angeben)

E-Mail: [bw@familieninderkrise.com](mailto:bw@familieninderkrise.com)

 Ihr Schreiben an Herrn Ministerpräsident Kretschmann vom 23. November



vielen Dank für Ihre Zuschrift an Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann.  
Gerne lasse ich Ihnen dazu eine Rückmeldung zukommen.

Wie Sie wissen, sind die Infektionszahlen in unserem Land vor einigen Wochen wieder massiv angestiegen. Die exponentielle Zunahme der Infektionen, die unweigerlich zu einer Überlastung unseres Gesundheitssystems geführt hätte, konnte nur durch weitreichende Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens vorläufig abgewendet werden. Bei der Abwägung, in welchen gesellschaftlichen Bereichen die Einschränkungen verschärft werden, gilt für die Landesregierung von Baden-Württemberg die klare Maßgabe, dass Schulen und Kindertagesstätten so lange wie möglich offenbleiben sollen.

Grundsätzlich misst die Landesregierung den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien bei ihren Entscheidungen eine große Bedeutung bei.

Dies zeigt sich beispielsweise auch an der Ausnahmeregelung für Kinder bis 14 Jahre bei den aktuell verschärften Kontaktbeschränkungen.

Zudem hat das Land vor Kurzem zusätzlich 40 Millionen Euro bereitgestellt, um die Schulen und Schulträger bei den Herausforderungen durch die Corona-Pandemie zu unterstützen und beispielsweise die bedarfsgerechte Beschaffung von CO<sub>2</sub>-Sensoren und mobilen Luftreinigungsgeräten zu ermöglichen.

Zur Teststrategie des Landes kann ich Ihnen mitteilen, dass diese bereits spezifische Testoptionen für den Schul- und Kita-Bereich enthält und auch anlasslose Testungen von Beschäftigten in diesen Einrichtungen möglich sind. Regelmäßige Screening-Untersuchungen werden entsprechend des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz insbesondere zum Schutz vulnerabler Gruppen in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen eingesetzt. Bislang liegen keine Hinweise auf größere Ausbruchsgeschehen in Schulen und Kindertageseinrichtungen vor.

Ihre Anregungen zur Überarbeitung der Quarantäneregelungen mit Freitestmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler wurden von der Ministerpräsidentenkonferenz am 25. November 2020 beschlossen und in der Corona-Verordnung Absonderung vom 1. Dezember 2020 für Baden-Württemberg bereits umgesetzt. Die Quarantäne für Kontaktpersonen der Kategorie „Cluster-Schüler“ dauert in der Regel 10 Tage nach dem letzten Kontakt mit der positiv getesteten Schülerin oder dem positiv getesteten Schüler. Die Quarantäne kann frühzeitig beendet werden, wenn ein Test, der frühestens am fünften Tag der Quarantäne durchgeführt wird, negativ ausfällt. Weitere Informationen dazu finden Sie auf der Website [www.baden-wuerttemberg.de](http://www.baden-wuerttemberg.de).

Es steht außer Frage, dass das Recht auf Bildung von Kindern und Jugendlichen am besten im Präsenzunterricht in der Schule verwirklicht werden kann und Schulen als Orte auch des sozialen Miteinanders von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sind. Deshalb setzt sich die Landesregierung auch weiterhin dafür ein, Schulen und Kindergärten so lange wie möglich in einem regulären Betrieb unter Pandemiebedingungen offenzuhalten.

Gleichzeitig gilt es nach wie vor, eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden, um das Leben der Menschen in unserem Land zu schützen. Leider zeigt die aktuelle Entwicklung, dass die Ansteckungszahlen nach wie vor viel zu hoch sind

und auch keine sinkende Tendenz zu beobachten ist. Deshalb hat die Landesregierung von Baden-Württemberg vor Kurzem weitere Verschärfungen für Hotspot-Regionen beschlossen, die neben weiteren Einschränkungen für die Wirtschaft auch die Einführung von Wechselunterricht in Schulen ab Klassenstufe 8 als Option vorsieht. Weitere Informationen dazu finden Sie auf der Website des Kultusministeriums unter [www.km-bw.de](http://www.km-bw.de).

Ich bedanke mich für Ihr Engagement und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg und persönlich alles Gute.



Mit freundlichen Grüßen

Familien in der Krise

[REDACTED] (StM)

---

**Von:** [REDACTED] (StM)  
**Gesendet:** Freitag, 20. November 2020 12:58  
**An:** [REDACTED] (StM); [REDACTED] in (STM); [REDACTED] en (STM); [REDACTED] e (StM)  
**Betreff:** WG: Keine Schule im Blindflug - Strategiewechsel für zuverlässige Bildung in der Pandemie  
**Anlagen:** Offener\_Brief\_und\_Positionspapier\_final\_mit\_Unterz\_FB.pdf; Keine Bildung im Blindflug\_Antigen\_Teststrategie\_20201120.pdf  
**Kennzeichnung:** Zur Nachverfolgung  
**Kennzeichnungsstatus:** Erledigt

z K und zdA

**Von:** [REDACTED] (StM)  
**Gesendet:** Freitag, 20. November 2020 12:16  
**An:** [REDACTED] (StM); [REDACTED] (StM)  
**Cc:** [REDACTED] (StM); [REDACTED] er (StM); [REDACTED] ph (StM); Vorzimmer MP (StM-VL) [REDACTED] s (StM)  
**Betreff:** Fwd: Keine Schule im Blindflug - Strategiewechsel für zuverlässige Bildung in der Pandemie

Lieber [REDACTED]

anbei zur weiteren Verwendung ein Positionspapier zu Maßnahmen und Teststrategie an Schulen der Initiative „Familien in der Krise“ und anderen.

Viele Grüße  
[REDACTED]

Von meinem iPhone gesendet

Anfang der weitergeleiteten Nachricht:

**Von:** "[REDACTED] a (StM)" <[REDACTED]@stm.bwl.de>  
**Datum:** 20. November 2020 um 12:01:30 MEZ  
**An:** [REDACTED] di@stm.bwl.de>  
**Kopie:** [REDACTED]  
**Betreff:** WG: Keine Schule im Blindflug - Strategiewechsel für zuverlässige Bildung in der Pandemie

-----Ursprüngliche Nachricht-----  
Von: Familien in der Krise BaWü [mailto:bwü@familieninderkrise.com]  
Gesendet: Freitag, 20. November 2020 11:50  
An: Bw; Kinder brauchen Kinder Petition  
Betreff: Keine Schule im Blindflug - Strategiewechsel für zuverlässige Bildung in der Pandemie

Sehr geehrte Damen und Herren



III-6409/CORONA/329

6409.

Bildung auch in der Pandemie ist essentiell, Schulen sollten unbedingt geöffnet bleiben, da ist sich auch die baden-württembergische Kultusministerin sicher. In Baden-Württemberg werden hierzu schon erste Maßnahmen, wie nun die angekündigten Schnelltests für Lehrkräfte, durchgeführt. Doch wie kann Bildung in der Pandemie langfristig zuverlässig in Präsenz erfolgen?

Regelmäßige Antigen-Tests an Schulen für mehr Sicherheit für alle:

Ein Bündnis von verschiedenen Initiativen hat hierzu eine Antigenteststrategie entwickelt, welche mögliche infektiöse Personen in Bildungseinrichtungen vor Ort erkennen. Dies führt nicht nur zu weniger Eintragungen an Schulen, sondern auch zu einer Reduktion von Infektionszahlen in der Gesamtbevölkerung.

Chancengerechte Bildung in Präsenz muss auch in der Pandemie ermöglicht werden:

Die Verunsicherung, Angst vor Quarantäne und nicht kind- und jugendgerechte Maßnahmen belasten die Bildungschancen aller Kinder.

Infektionsschutzmaßnahmen sind heute notwendig, schränken die Bildungseinrichtungen aber auch ein und belasten die Kinder und Fachkräfte. Daher sollten bald möglichst zielgerichtete Schnellteststrategien für mehr Sicherheit an Schulen sorgen.

„Antigen-Schnelltests sind einfach anwendbar, kostengünstig und können innerhalb von ca. 15 Minuten recht zuverlässig eine Person als akut infektiös identifizieren, noch bevor sie Symptome zeigt. Die Person kann sich somit sofort in Selbstisolation begeben und die Ausbreitung des Virus damit unterbinden“, so Dr. Franziska Briest, von der Initiative "Familien in der Krise". Das regelmäßige Screening an Schulen lässt außerdem Rückschlüsse auf Infektionscluster oder gar Superspreading-Events außerhalb der Bildungseinrichtung zu und kann somit helfen das allgemeine Infektionsgeschehen in der Bevölkerung zu reduzieren.

Die Eindämmung der Pandemie bei gleichzeitiger Wahrung der Kinderrechte muss endlich gelingen!

Noch sind die Kapazitäten der Schnelltests beschränkt, daher sollten vorrangig vulnerable Einrichtungen, wie Pflegeheime ausgestattet werden, danach sollten aber in einer schrittweisen Einführung Bildungseinrichtungen Vorrang haben, damit für alle Kinder ihre Rechte auf Bildung, Beteiligung und Gesundheit und sichergestellt werden.

Wir fordern daher in unserem Brief an die Ministerpräsident:innen, Kultusminister:innen und Gesundheitsminister:innen:

1. Aufbau einer Testinfrastruktur für Schulen.
2. Schaffung der rechtlichen und personellen Rahmenbedingungen für Schulen.
3. Politische Sicherstellung der Lieferkapazitäten (mit Vorrang für vulnerable Bereiche).
4. Ein regelmäßiges Screening mit Antigen-Schnelltests an Schulen in Kombination mit einer Rückwärts-Kontaktverfolgung

Unsere Vollständige Pressemitteilung, sowie der offene Brief und das wissenschaftliche Positionspapier finden Sie im Anhang.

In Kombination mit einer Anpassung der derzeitigen Quarantäneregelungen stellt dies aus unserer Sicht eine effektive Ergänzung der Schutzmaßnahmen an Schulen dar, den unsere Expert:innen auf Basis der aktuellen Studienlage erarbeitet haben.

Unsere Vorschläge für eine Verbesserung der Quarantänestrategie, die wir Mitte Oktober u.a. an Bundesgesundheitsminister Spahn geschickt hatten, finden Sie ergänzend hier zum Download:

[https://www.familieninderkrise.com/wp-content/uploads/2020/10/Stellungnahme-FidK\\_Quarantaene.pdf](https://www.familieninderkrise.com/wp-content/uploads/2020/10/Stellungnahme-FidK_Quarantaene.pdf)

Für Fragen und Gesprächen stehen wir gerne unter 0151-67803152 zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Zarah Abendschön-Sawall für "Familien in der Krise"

----

Homepage: [www.familieninderkrise.com](http://www.familieninderkrise.com)

Facebook: <https://www.facebook.com/familieninderKrise/>

Twitter: [https://twitter.com/FidK\\_Bund](https://twitter.com/FidK_Bund)

Instagram: [https://www.instagram.com/familien\\_inderkrise/](https://www.instagram.com/familien_inderkrise/)

[REDACTED] (StM)

**Von:** [REDACTED] (StM)  
**Gesendet:** Mittwoch, 9. Dezember 2020 16:47  
**An:** 'info@familieninderkrise.com'  
**Cc:** [REDACTED] (STM)  
**Betreff:** Ihr Schreiben an Herrn Ministerpräsident Kretschmann vom 23.11.2020  
**Anlagen:** Antwortschreiben Familien in der Krise.docx.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,

seitens Ihrer Vertretung in Baden-Württemberg erreichte uns ein Schreiben an Herrn Ministerpräsident Kretschmann. Leider war es uns nicht möglich an die uns angegebene E-Mail-Adresse [bw@familieninderkrise.com](mailto:bw@familieninderkrise.com) eine Antwort zu senden. Offensichtlich funktioniert diese Mail-Adresse nicht. Daher möchten wir Sie nun freundlich bitten, das anhängende Antwortschreiben an Ihre Vertretung in Baden-Württemberg weiterzuleiten.

Haben Sie vielen herzlichen Dank dafür!

Mit freundlichen Grüßen



Baden-Württemberg

Staatsministerium Baden-Württemberg  
Abteilung III  
Richard-Wagner-Str. 15  
70184 Stuttgart

Tel.: + [REDACTED]  
Fax: [REDACTED]

E-Mail: [REDACTED]  
Internet: [REDACTED]

Ich Bin  
#WellenBrecher\*in

Macht mit und setzt ein Zeichen für  
mehr Solidarität und Verantwortung.  
Mehr zur Kampagne #Wellenbrecher  
gibt es unter: [wellenbrecher.bw.de](http://wellenbrecher.bw.de)

+++bitte prüfen Sie der Umwelt zuliebe, ob der Ausdruck dieser E-Mail erforderlich ist +++

Datenschutzhinweise unter <https://stm.baden-wuerttemberg.de/datenschutz/> oder postalisch auf Anfrage.

[REDACTED] (STM)

**Betreff:** WG: StM-Nr. 1614: Bitte um Baustein - Familien in der Krise BaWü - Zeit für eine politische Bildungs- und Teilhabegarantie  
**Anlagen:** 2020\_11\_24 Bausteine.docx

---

**Von:** Familien in der Krise BaWü [<mailto:bw@familieninderkrise.com>]  
**Gesendet:** Montag, 23. November 2020 10:03  
**An:** Kretschmann, Winfried (StM)  
**Betreff:** Zeit für eine politische Bildungs- und Teilhabegarantie

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

dass Kinder keine Treiber der Pandemie sind und Schulen keine Superspreading-Orte, ist inzwischen allgemein bekannt. Das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Bildung und Teilhabe wird aber noch immer an vielen Stellen beschnitten. Eine Differenzierung der Maßnahmen, die elementare Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt, findet nur vereinzelt statt. Kinder und Jugendliche werden in dieser Pandemie viel zu oft ausschließlich als potentielle Infektionsträger gesehen und nicht als Individuen, deren freie Entwicklung die Zukunft unserer Gesellschaft sichert.

Wir fordern daher für die kommenden Beratungen, Kindern und Jugendlichen mehr Freiräume und Entwicklungsmöglichkeiten zu garantieren und ihre Bedürfnisse stärker in den Blick zu nehmen.

**Es ist höchste Zeit für eine politische Bildungsgarantie in Pandemiezeiten und für eine Erarbeitung pandemietauglicher und vor allem kindgerechter Schulkonzepte.** Die Politik muss ihrer Verantwortung diesbezüglich nachkommen.

Dazu gehört in Bezug auf die diese Woche und künftig anstehenden Beschlüsse insbesondere:

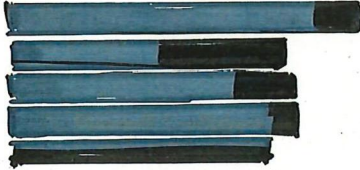
- 1) Die Bildungsgerechtigkeit muss weiterhin im Vordergrund stehen - Schüler:innen die aus ihren Familien wenig Unterstützung bekommen wären die großen Verlierer:innen des Distanzunterrichts oder Wechselbetriebs: es braucht daher einen möglichst umfangreichen Präsenzunterricht.
- 2) Das allgemeine regionale oder lokale Infektionsgeschehen darf kein Maßstab für Maßnahmen an Schulen sein.
- 3) Für eine Aufrechterhaltung des Präsenzunterrichts braucht es kreative Lösungen vor Ort, sei es bezüglich Personal oder Räumlichkeiten, sowie dezentrale Entscheidungsmöglichkeiten und Budgets in den Schulen vor Ort. Die von Kultusministerin Eisenmann ins Spiel gebrachten Corona Budgets sind aus unserer Sicht ein richtiger Schritt.
- 4) Zahlen zu Infektionen an Schulen müssen erhoben und ausgewertet werden und transparent an die ganzen Schulfamilie kommuniziert werden
- 5) Eine zielgerichtete Teststrategie an Schulen mit Antigen-Schnelltests, zunächst mit einem regelmäßigen Screening von Lehrkräften, kann den Schulbetrieb absichern und darüber hinaus im Rahmen der Rückwärtskontaktverfolgung einen wichtigen Beitrag zur Pandemiebekämpfung leisten.
- 6) Eine Überarbeitung der Quarantäneregulungen z.B. bezüglich Quarantänedauer, Freitest-Möglichkeiten und Quarantäne-Bedingungen muss die Schwere von Quarantäne insbesondere für Kinder abmildern.
- 7) Kontaktbeschränkungen müssen so gestaltet sein, dass sie auch die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt. Ausdrücklich begrüßen wir daher den Vorschlag, Kinder bis 14 Jahre unberücksichtigt zu lassen und hoffen, dass auch für die Entwicklung von Jugendlichen eine adäquate Lösung gefunden wird.
- 8) Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen müssen bei allen politischen Entscheidungen mitbedacht werden.

Anliegend erhalten Sie neben diesem Anschreiben auch unsere Stellungnahmen zur Teststrategie mit Antigenschnelltests an Schulen und zur aktuellen Quarantäneregelung zur Kenntnisnahme.



Wir bitten Sie sich dafür einzusetzen, dass das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Bildung und Teilhabe nur so weit beschnitten wird, wie es absolut notwendig ist. Die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung müssen in erster Linie bei Erwachsenen ansetzen - sie sind die deutliche Mehrzahl der Infizierten. Ein allgemein niedrigeres Infektionsgeschehen ist der beste Weg, um Eintragungen in Bildungseinrichtungen zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen

A redacted signature area consisting of five horizontal black bars of varying lengths, completely obscuring the name and any handwritten notes.

-----

„Familien in der Krise“ und „Kinder brauchen Kinder“ sind zwei bundesweit aktive Initiativen, die sich im Zuge der Corona-Krise gegründet haben. Unser Ziel ist es, auf die Bedürfnisse von Familien, Kindern und Jugendlichen während der Corona-Krise und darüber hinaus aufmerksam zu machen und sie ins Zentrum politischer Entscheidungen zu rücken. Wir haben bereits zahlreiche Gespräche mit führenden Politiker:innen aus Bundes- und Landespolitik geführt sowie ein umfassendes Medienecho auf unsere Aktionen erzeugt.

Initiative „Familien in der Krise“ Initiative „Kinder brauchen Kinder“  
<https://www.familieninderkrise.com> <https://kinderbrauchenkinder-petition.de>

STM)

**Betreff:** WG: Keine Schule im Blindflug - Strategiewechsel für zuverlässige Bildung in der Pandemie  
**Anlagen:** Offener\_Brief\_und\_Positionspapier\_final\_mit\_Unterz\_FB.pdf; Keine Bildung im Blindflug\_Antigen\_Teststrategie\_20201120.pdf

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Familien in der Krise BaWü [<mailto:bw@familieninderkrise.com>]

Gesendet: Freitag, 20. November 2020 11:50

An: Bw; Kinder brauchen Kinder Petition

Betreff: Keine Schule im Blindflug - Strategiewechsel für zuverlässige Bildung in der Pandemie

Sehr geehrte Damen und Herren

Bildung auch in der Pandemie ist essentiell, Schulen sollten unbedingt geöffnet bleiben, da ist sich auch die baden-württembergische Kultusministerin sicher. In Baden-Württemberg werden hierzu schon erste Maßnahmen, wie nun die angekündigten Schnelltests für Lehrkräfte, durchgeführt. Doch wie kann Bildung in der Pandemie langfristig zuverlässig in Präsenz erfolgen?

Regelmäßige Antigen-Tests an Schulen für mehr Sicherheit für alle:

Ein Bündnis von verschiedenen Initiativen hat hierzu eine Antigenteststrategie entwickelt, welche mögliche infektiöse Personen in Bildungseinrichtungen vor Ort erkennen. Dies führt nicht nur zu weniger Eintragungen an Schulen, sondern auch zu einer Reduktion von Infektionszahlen in der Gesamtbevölkerung.

Chancengerechte Bildung in Präsenz muss auch in der Pandemie ermöglicht werden:

Die Verunsicherung, Angst vor Quarantäne und nicht kind- und jugendgerechte Maßnahmen belasten die Bildungschancen aller Kinder.

Infektionsschutzmaßnahmen sind heute notwendig, schränken die Bildungseinrichtungen aber auch ein und belasten die Kinder und Fachkräfte. Daher sollten bald möglichst zielgerichtete Schnellteststrategien für mehr Sicherheit an Schulen sorgen.

„Antigen-Schnelltests sind einfach anwendbar, kostengünstig und können innerhalb von ca. 15 Minuten recht zuverlässig eine Person als akut infektiös identifizieren, noch bevor sie Symptome zeigt. Die Person kann sich somit sofort in Selbstisolation begeben und die Ausbreitung des Virus damit unterbinden“, so Dr. Franziska Briest, von der Initiative "Familien in der Krise". Das regelmäßige Screening an Schulen lässt außerdem Rückschlüsse auf Infektionscluster oder gar Superspreading-Events außerhalb der Bildungseinrichtung zu und kann somit helfen das allgemeine Infektionsgeschehen in der Bevölkerung zu reduzieren.

Die Eindämmung der Pandemie bei gleichzeitiger Wahrung der Kinderrechte muss endlich gelingen! Noch sind die Kapazitäten der Schnelltests beschränkt, daher sollten vorrangig vulnerable Einrichtungen, wie Pflegeheime ausgestattet werden, danach sollten aber in einer schrittweisen Einführung Bildungseinrichtungen Vorrang haben, damit für alle Kinder ihre Rechte auf Bildung, Beteiligung und Gesundheit und sichergestellt werden.

Wir fordern daher in unserem Brief an die Ministerpräsident:innen, Kultusminister:innen und Gesundheitsminister:innen:

1. Aufbau einer Testinfrastruktur für Schulen.
2. Schaffung der rechtlichen und personellen Rahmenbedingungen für Schulen.
3. Politische Sicherstellung der Lieferkapazitäten (mit Vorrang für vulnerable Bereiche).
4. Ein regelmäßiges Screening mit Antigen-Schnelltests an Schulen in Kombination mit einer Rückwärts-Kontaktverfolgung

Unsere Vollständige Pressemitteilung, sowie der offene Brief und das wissenschaftliche Positionspapier finden Sie im Anhang.

In Kombination mit einer Anpassung der derzeitigen Quarantäneregelungen stellt dies aus unserer Sicht eine effektive Ergänzung der Schutzmaßnahmen an Schulen dar, den unsere Expert:innen auf Basis der aktuellen Studienlage erarbeitet haben.

Unsere Vorschläge für eine Verbesserung der Quarantänestrategie, die wir Mitte Oktober u.a. an Bundesgesundheitsminister Spahn geschickt hatten, finden Sie ergänzend hier zum Download:

[https://www.familieninderkrise.com/wp-content/uploads/2020/10/Stellungnahme-FidK\\_Quarantaene.pdf](https://www.familieninderkrise.com/wp-content/uploads/2020/10/Stellungnahme-FidK_Quarantaene.pdf)

Für Fragen und Gesprächen stehen wir gerne unter [REDACTED] zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

[REDACTED] für "Familien in der Krise"

----

Homepage: [www.familieninderkrise.com](http://www.familieninderkrise.com)

Facebook: <https://www.facebook.com/familieninderKrise/>

Twitter: [https://twitter.com/FidK\\_Bund](https://twitter.com/FidK_Bund)

Instagram: [https://www.instagram.com/familien\\_inderkrise/](https://www.instagram.com/familien_inderkrise/)

[REDACTED] (StM)

**Von:** [REDACTED] (StM)  
**Gesendet:** Donnerstag, 29. Oktober 2020 12:23  
**An:** [REDACTED] (StM)  
**Cc:** [REDACTED] (StM); [REDACTED] (StM); [REDACTED] (StM-VL)  
**Betreff:** WG: Offener Brief zur Realität von Kitas und Schulen in der Pandemie: Bildung muss Priorität haben  
**Anlagen:** 2020-10-27\_offenerbrief\_angelamerkel-ministerpraesidenten\_schule-kita.pdf

Lieb Frau [REDACTED],

anbei zur Kenntnis, das Schreiben kam noch vor der MPK.

Viele Grüße  
[REDACTED]

*A. Ref. 1. 33 z. K.*

*2. z. d. P.*

*WD*

*2. 11.*

-----Ursprüngliche Nachricht-----

**Von:** [REDACTED] (StM)  
**Gesendet:** Mittwoch, 28. Oktober 2020 11:25  
**An:** [REDACTED] (StM)  
**Cc:** [REDACTED] (StM); [REDACTED] (StM); [REDACTED] (StM)  
**Betreff:** WG: Offener Brief zur Realität von Kitas und Schulen in der Pandemie: Bildung muss Priorität haben

-----Ursprüngliche Nachricht-----

**Von:** Familien in der Krise BaWü [mailto:bw@familieninderkrise.com]  
**Gesendet:** Mittwoch, 28. Oktober 2020 10:59  
**An:** Bw; Kinder brauchen Kinder Petition  
**Betreff:** Offener Brief zur Realität von Kitas und Schulen in der Pandemie: Bildung muss Priorität haben

Liebe Abgeordneten und Abgeordnete des baden-württembergischen Landtags, liebe Mitglieder des Bildungsausschusses und des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration,


mit großer Erleichterung haben wir - die bundesweiten Initiativen "Familien in der Krise" und "Kinder brauchen Kinder", die sich für die Rechte von Kindern, Jugendlichen und Familien einsetzen, - in den vergangenen Monaten die Worte der Bundeskanzlerin und der Kultusministerin von Baden-Württemberg zur Priorität für Bildung vernommen. „Kitas, Schulen und Wirtschaft am Laufen halten" wurde als erklärtes Ziel für Herbst und Winter ausgerufen. Kinder und Jugendliche dürften nicht die Verlierer:innen der Pandemie werden, nachdem sie insbesondere im Frühjahr übermäßig stark belastet wurden und bis heute belastet sind.

Nun, da die Infektionszahlen steigen, bröckeln aber die getroffenen Absichtserklärungen und die Realität in Kitas und Schulen sieht leider anders aus. Das Recht auf Bildung ist in Deutschland derzeit wieder abhängig vom Wohnort. In unserem Brief sind daher auch Beispiele aus Baden-Württemberg aufgelistet, die zeigen, dass Bildung zum Teil immer noch stark eingeschränkt ist. Die Aussage des Innenministers Strobl, der gerade in einem Interview einen Lockdown forderte, bei dem auch Schulen und Kitas geschlossen werden sollten, offenbart, dass viele politische Entscheider:innen immer noch nicht die Bedeutung von Schulen und Kitas für Kinder und deren Familien in ihren Entscheidungen umfassend einfließen lassen. Wir sind daher auch sehr froh über die klare Stellungnahme von Kultusministerin Eisenmann, die diese Maßnahme aktuell als "nicht verhältnismäßig" bezeichnet.



Wir haben nun mit unserem angehängten offenen Brief an die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsident:innen eindringlich daran appelliert, jedem Kind sein garantiertes Recht auf Bildung zukommen zu lassen. Es muss ein Weg gefunden werden, Schulen und Kitas auch unter den Bedingungen der Pandemie weiter geöffnet zu halten.

Mit freundlichen Grüßen,

 für "Familien in der Krise" und im Auftrag für "Kinder brauchen Kinder"

-----  
Homepage: [www.familieninderkrise.com](http://www.familieninderkrise.com)

Facebook: <https://www.facebook.com/familieninderKrise/>

Twitter: [https://twitter.com/FidK\\_Bund](https://twitter.com/FidK_Bund)

Instagram: [https://www.instagram.com/familien\\_inderkrise/](https://www.instagram.com/familien_inderkrise/)

[REDACTED] (STM)

**Von:** [REDACTED] (StM) im Auftrag von TK Referat 33 (StM)  
**Gesendet:** Mittwoch, 21. Oktober 2020 08:11  
**An:** bw@familieninderkrise.com  
**Betreff:** Offener Brief bezüglich Auswirkungen der 3. Stufe des Pandemieplans auf den Kita- und Schulbetrieb  
**Anlagen:** 2020-10-18\_OffenerBrief-BaWü-Stufe3\_Kretschmann-Eisenmann\_Schule-Kita.pdf

[REDACTED]

vielen Dank für Ihre Nachricht vom 19. Oktober 2020.  
Ihre Zuschrift wurde zuständigkeitshalber an das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport übermittelt.  
Von dort erhalten Sie weitere Nachricht.

Mit freundlichen Grüßen



Baden-Württemberg

[REDACTED]  
Mo. – Do.  
Staatsministerium Baden-Württemberg  
Referat Bildungspolitik, Kultur und Sport  
Richard-Wagner-Straße 15  
70184 Stuttgart

Telefon: +49 711 2 [REDACTED]  
E-Fax: +49 711 2 [REDACTED]  
E-Mail: [REDACTED]  
Internet: [www.stm.baden-wuerttemberg.de](http://www.stm.baden-wuerttemberg.de)



+++ Bitte prüfen Sie der Umwelt zuliebe, ob der Ausdruck dieser E-Mail erforderlich ist +++  
Datenschutzhinweise unter <https://stm.baden-wuerttemberg.de/datenschutz/> oder postalisch auf Anfrage.

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: FidK, BaWü [mailto:bw@familieninderkrise.com]  
Gesendet: Montag, 19. Oktober 2020 13:43  
An: Eisenmann, Susanne (KM); Kretschmann, Winfried (StM)  
Cc: Kultusministerium (Pressestelle); FPS - Pressestelle (RPS)  
Betreff: Offener Brief bezüglich Auswirkungen der 3. Stufe des Pandemieplans auf den Kita- und Schulbetrieb

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, Sehr geehrte Frau Ministerin Eisenmann,

als bundesweite Initiativen „Kinder brauchen Kinder“ und „Familien in der Krise“ setzen wir uns für die Rechte von Kindern und Familien ein und verfolgen deshalb die derzeitigen Maßnahmen aufmerksam, um eine Wahrung eben dieser Rechte in Zeiten der Corona Pandemie sicherzustellen. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass bei steigenden Infektionszahlen geeignete Maßnahmen zielgerichtet getroffen werden, um das Ausbruchsgeschehen zu kontrollieren.

Gleichwohl setzen wir uns dafür ein, dass die bei Kindern und Jugendlichen getroffenen Maßnahmen verhältnismäßig sind in Relation zu den für die Gesamtbevölkerung getroffenen Maßnahmen, zur Bedeutung des elementaren Rechts auf (frühkindliche) Bildung und zur Rolle der Kinder in der Pandemie, die nach aktuellem Stand der Wissenschaft inklusive den Ergebnissen der baden-württembergischen Kinderstudie nicht als Treiber zu sehen sind[1]. Sie dürfen demnach keinesfalls schärferen Maßnahmen ausgesetzt werden als die übrige Gesellschaft. Durch ihre besondere Schutzbedürftigkeit ist hingegen aus unserer Sicht Erwachsenen mehr zumutbar als Kindern.

Den Versuch, im landesweiten 3-Stufen-Plan Transparenz für Entscheidungen zu schaffen und Maßnahmen für verschiedenste gesellschaftliche Bereiche festzulegen, begrüßen wir ausdrücklich. Gleichwohl sollte das konkrete Maßnahmenpaket sich flexibel an den kritischen Bereichen mit Ausbruchsgeschehen orientieren, zu denen Kitas und Schulen nicht gehören[2].

Wie wir mittlerweile wissen, tragen Kinder wenig zum Infektionsgeschehen bei: "Es ist (...) anzunehmen, dass die Inzidenz in Kitas und Schulen in der Regel unter der allgemeinen Inzidenz im zugehörigen Landkreis liegt."[3] Eine aktuelle Studie des IZA besagt sogar, dass das Ende der Sommerferien zu einer Reduktion des Infektionsgeschehens im Umfeld der Altersgruppe von Schüler:innen und deren Eltern geführt hat.[4] Der Anteil der Neuinfektionen in der Altersgruppe der Schüler:innen sinkt bundesweit seit vielen Wochen im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung.[5] In einer im Fachmagazin JAMA Pediatrics veröffentlichten Metaanalyse zeigten Kinderärzt:innen und Epidemiolog:innen aus Großbritannien, dass sich Kinder und Jugendliche vor allem bis 14 Jahre um 44 Prozent seltener mit dem Coronavirus anstecken als Erwachsene.[6] Die Berücksichtigung dieser Erkenntnisse im Grundschulbereich ohne zusätzliche Maßnahmen in der Pandemiestufe 3 begrüßen wir daher ausdrücklich.

Dass aber ausgerechnet im Bereich Bildung für weiterführende Schulen als erstes am Donnerstag, noch vor Bekanntgabe der allgemeinen Maßnahmen am Samstag und Sonntag, die Verschärfung der „Maskenpflicht“ angekündigt wurde, ist aus unserer Sicht absolut nicht zielführend und eher als aktionistische Symbolpolitik einzuordnen. Dieses Vorgehen birgt zudem die Gefahr, dass Schulen in der Bevölkerung aber auch bei den an der Schulgemeinschaft Beteiligten weiterhin irrtümlich als besonders riskante Orte wahrgenommen werden, was zu einer Vielzahl an Folgeproblemen führen kann (z.B. negative Lernatmosphäre, überzogene Maßnahmen durch angstgetriebene Lehrer:innen, steigende Anzahl an Schulbefreiungen und ggf. auch sich vergrößernde Bildungsungleichheit etc.)

Die jetzt verordnete Mund-Nasen-Bedeckung stellt im Unterricht für Schüler:innen eine erhebliche Beeinträchtigung dar: Diese zeigt sich insbesondere beim Erlernen von Fremdsprachen sowie in der sozialen Interaktion ohne Mimik in der Klassengemeinschaft oder mit der Lehrkraft. Schüler:innen mit eingeschränkten Deutschkenntnissen und /oder Lese-Rechtschreibschwierigkeiten sowie schüchterne Schüler:innen, die noch mehr „verschwinden“, sind dabei besonders betroffen, wodurch sich bestehende und durch die Corona-Pandemie bereits verschärfte Benachteiligungen zusätzlich zuspitzen. Außerdem trägt das dauerhafte Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung dazu bei, den Kontext "Schule" als besondere Gefahrenzone wahrzunehmen statt als positiven Lernort.

Längeres Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung ohne Pause kann in Einzelfällen zu Schwindel, Kopfschmerzen, Übelkeit und Konzentrationsproblemen führen.[7] Dass die „Maskenpflicht“ im Unterricht aus pädagogischer Sicht ein schwerwiegender Eingriff ist und eine extreme Verschlechterung der Lernumgebung darstellt, steht sicher außer Frage. Das kurzfristige Tragen im Schulgebäude bei Bedarf halten wir für Schüler:innen weiterführender Schulen hingegen für zumutbar.

Ergänzend zur neu angeordneten „Maskenpflicht“ im Unterricht ist aufgrund der CoronaVO des Landes Baden-Württemberg Paragraph 3 Abs. 6 das Tragen der MNB außerhalb des Unterrichts auch bislang schon verpflichtend auf „Begegnungsflächen, insbesondere Fluren, Treppenhäusern, Toiletten, Pausenhöfen“ - selbst wenn sich die Schüler:innen innerhalb ihrer Kohorte, räumlich getrennt von anderen, dort aufhalten. Es tritt also de facto eine pausenlose MNB-Pflicht (inklusive Schulweg bei Nutzung des ÖPNV) in Kraft. Hier wurde es eindeutig versäumt, eine entsprechende Anpassung vorzunehmen, zumal die Sinnhaftigkeit einer MNB im Freien ebenso anzuzweifeln ist wie pauschal auf den „Begegnungsflächen“, wenn es möglicherweise aufgrund guter organisatorischer Regelungen an Schulen (z.B. räumliche oder zeitliche

Trennung) dort überhaupt nicht zu Begegnungen außerhalb der eigenen Kohorte kommt. Eine pausenlose Pflicht zum Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung, die viele Stunden dauert gerade an Ganztagschulen, bei Schüler:innen mit langen Unterrichtstagen oder anschließender Ganztagesbetreuung für die Klassen 5 bis 7, würde im Übrigen bei jeder:m Arbeitnehmer:in Anspruch auf ausreichende „Maskenpausen“ nach sich ziehen - wir fordern eine entsprechende Regelung dringend auch für Schüler:innen[8]. Zudem zweifeln wir an, dass Kinder, vor allem die der Unterstufe und über solch einen langen Zeitraum, die MNB sachgerecht handhaben können. Lehrkräfte und auch Mitschüler:innen sehen sich eventuell gezwungen die richtige Nutzung anzumahnen, was aufgrund der hohen Emotionalität der Thematik zu Verwerfungen in der Schulgemeinschaft führen kann.

Warum auch im Bereich Kindertagesstätten die Maßnahmen ab heute verschärft werden und zurück zur strengeren Kohortierung gegangen werden soll, erschließt sich uns aufgrund des kaum vorhandenen Effekts auf das Infektionsgeschehen nicht. Durch das Verbot in zwei Gruppen zusammenzuarbeiten und damit die Rückkehr zu strikten Einzelgruppen entfallen vielerorts zahlreiche pädagogische Angebote und die - teils ohnehin immer noch eingeschränkten - Öffnungszeiten werden oftmals weiter reduziert werden. Dies stellt die in den letzten Monaten

ohnehin stark belasteten Familien neuerlich vor grosse Herausforderungen. Schon jetzt berichten Eltern regelmäßig, dass sie auf Hilfe von Babysitter:innen, Großeltern oder Freund:innen zurückgreifen, damit sie ihrer Pflicht als Arbeitnehmer:innen nachkommen können. Dies ist vor dem Hintergrund, dass jede:r einzelne persönliche Kontakte reduzieren sollte, höchst bedenklich und dient nicht dem Infektionsschutz.

Insbesondere kritisch und keinesfalls verhältnismäßig sehen wir die Tatsache, dass die landesweit geltende Verordnung nun in allen Landkreisen eingeführt wird: Auch Schüler:innen z.B. aus den Kreisen Waldshut und Heidenheim mit einer vergleichsweise niedrigen Inzidenz müssen künftig viele Stunden oder ganztags eine Mund-Nasen-Bedeckung tragen. Auch in Kitas in diesen risikoarmen Landkreisen wird es durch die strengere Kohortierung möglicherweise zu deutlichen Einschränkungen kommen.


Außerdem möchten wir ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Nutzung von Schulen für nicht schulische Zwecke weitreichende Folgen für das Freizeit- und Bildungsangebot außerhalb von Schulen und Kitas hat. So werden zahlreiche Instrumentalunterrichte, Sportangebote usw. in Unterrichtsräumen angeboten. All diese Angebote sind gerade erst wieder angelaufen, für viele Kinder brechen nun erneut Alltagsstruktur und Bildungsangebote weg. Der Nutzen für das Infektionsgeschehen erscheint uns überschaubar, da die Verwendung in der Regel außerhalb der regulären Schulzeiten stattfindet und somit keine Begegnung mit den Schüler:innen erfolgt. Dass Kontaktsport in der festen Kohorte/ Klasse ebenfalls verboten ist, während dies gleichzeitig im Profi-Fußball weiterhin möglich ist, lässt uns Familien fassungslos zurück.

Dass die bisherigen Infektionsschutzmaßnahmen aus Kitas und Schulen ausreichend sind, zeigen nicht nur Studien, sondern auch die tatsächliche Beobachtung in Baden-Württemberg. Derzeit befinden sich 785 von 67.500 Klassen (1,2 Prozent) in Baden-Württemberg im vorübergehenden Fernlernunterricht aufgrund einer bestätigten Infektion oder eines Verdachtsfalls. (Kultusministerium, Stand 16.10).

Wir fordern daher, den Kita- und Schulbetrieb bei den Maßnahmen in Pandemiestufe 3 auszunehmen. Außerdem fordern wir, vorhandene Schwachstellen in den bisherigen Regelungen wie der überfüllte Schülertransport oder die Pflicht zur Mund-Nasen-Bedeckung im Freien auf dem Pausenhof oder bei organisatorisch getrennten Kohorten nachzubessern. Damit stützen wir uns auch auf eine Empfehlung mehrerer medizinischer Fachgesellschaften u.a. aus Pädiater:innen und Hygieniker:innen, die bei der derzeitigen Anzahl an Neuinfektionen eine Verwendung der Mund-Nasen-Bedeckung an weiterführenden Schulen ausdrücklich nicht im Unterricht am Platz sondern nur bei Begegnungen außerhalb der eigenen Kohorte vorsehen[9].

Mit freundlichen Grüßen,

  
für die Initiative „Familien in der Krise“

  
für die Initiative "Kinder brauchen Kinder"



Abgestimmt per E-Mail von TKE 16.10.2020



## Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Staatsministerium Richard-Wagner-Straße 15 · 70184 Stuttgart

[REDACTED]  
[REDACTED]  
Familien in der Krise

[bw@familieninderkrise.com](mailto:bw@familieninderkrise.com)

Datum 15. Oktober 2020

Name [REDACTED]

Durchwahl 0711-2153 [REDACTED]

Telefax 0711 2153 [REDACTED]

E-Mail [REDACTED]

Aktenzeichen III-5421.

(Bitte bei Antwort angeben)

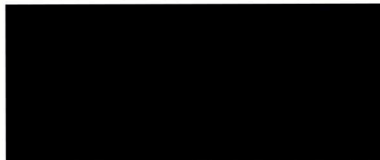
Sehr [REDACTED]

im Auftrag von Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 13. Oktober 2020, in dem Sie die Quarantäne im Kontext von Kitas und Schulen ansprechen.

Ich darf Sie um Verständnis bitten, dass Herr Ministerpräsident aufgrund der Vielzahl der Eingaben nicht alle Schreiben persönlich beantworten kann. Er hat mich deshalb gebeten, Ihnen zu antworten und mitzuteilen, dass Ihr Schreiben an das fachlich zuständige Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, Else-Josenhans-Str. 6, 70173 Stuttgart, weitergeleitet wurde. Sie werden von dort weitere Nachricht erhalten.

Ich darf Ihnen die freundlichen Grüße des Herrn Ministerpräsidenten übermitteln und verbleibe selbst

mit freundlichen Grüßen



[REDACTED] (StM)

**Von:** [REDACTED] (StM)  
**Gesendet:** Freitag, 16. Oktober 2020 10:27  
**Ar:** 'bw@familieninderkrise.com'  
**Betreff:** Ihre E-Mail vom 13. Oktober 2020 an Herrn Ministerpräsident Kretschmann  
**Anlagen:** [REDACTED] - Familien in der Krise.pdf

Sehr [REDACTED]

anbei erhalten Sie einen Zwischenbescheid auf Ihre E-Mail vom 13. Oktober 2020.

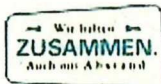
Mit freundlichen Grüßen



**Baden-Württemberg**

Staatsministerium Baden-Württemberg  
Abteilung III  
Richard-Wagner-Straße 15  
70184 Stuttgart

Telefon: +49 711 2 [REDACTED]  
E-Fax: +49 711 2 [REDACTED]  
E-Mail: [REDACTED]  
Internet: [www.stm.baden-wuerttemberg.de](http://www.stm.baden-wuerttemberg.de)



+++ Bitte prüfen Sie der Umwelt zuliebe, ob der Ausdruck dieser E-Mail erforderlich ist +++

Datenschutzhinweise unter <https://stm.baden-wuerttemberg.de/datenschutz/> oder postalisch auf Anfrage.

**Betreff:** WG: Über 50.000 Kinder & Jugendliche in Quarantäne: Wir brauchen einen Strategie-Wechsel!

**Anlagen:** 2020-10\_Stellungnahme\_FidK\_Quarantäne.pdf; 2020-12-12\_Quarantäne\_Offener\_Brief\_BM\_Spahn\_u\_Prof\_Wieler.pdf

**Von:** FidK, BaWü <[bw@familieninderkrise.com](mailto:bw@familieninderkrise.com)>

**Gesendet:** Dienstag, 13. Oktober 2020 12:59

**An:** Kretschmann, Winfried <[Winfried.Kretschmann@gruene.landtag-bw.de](mailto:Winfried.Kretschmann@gruene.landtag-bw.de)>; Lucha, Manfred <[Manfred.Lucha@gruene.landtag-bw.de](mailto:Manfred.Lucha@gruene.landtag-bw.de)>; [karlin.stark@rps.bwl.de](mailto:karlin.stark@rps.bwl.de)

**Betreff:** Über 50.000 Kinder & Jugendliche in Quarantäne: Wir brauchen einen Strategie-Wechsel!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,  
sehr geehrter Herr Minister Lucha,  
sehr geehrte Frau Dr. Stark,

wir von den Initiativen "Familien in der Krise " und "Kinder brauchen Kinder" wenden uns an Sie, mit der dringlichen Bitte offene Fragen in Bezug auf Quarantäne insbesondere im Kontext von Kitas und Schulen bzw. bei Kindern und Jugendlichen zu klären.

Schulen und Kitas sind mittlerweile in allen Bundesländern seit mehreren Wochen wieder im Regelbetrieb (unter Pandemiebedingungen) geöffnet, ohne dass es dort zu nennenswerten Covid-19-Ausbrüchen gekommen wäre.

Dennoch waren Medienberichten zufolge Ende September mehr als 50.000 Kinder und Jugendliche in Quarantäne. Nur ein sehr geringer Bruchteil dieser Kinder wurde tatsächlich Corona positiv getestet. Die überwiegende Mehrzahl wurde ohne genaue Prüfung der Gesundheitsämter als Kontaktperson der Kategorie I in Quarantäne geschickt.

Insbesondere für kleine Kinder und deren Familien stellt eine 14-tägige Quarantäne eine extreme Belastung dar. Rund 30% der Kinder leiden sogar nach der Quarantäne noch unter einer posttraumatischen Belastungsstörung!

Zusätzlich zu den psychosozialen Problemen einer Quarantäne kommen für die Erziehungsberechtigten noch finanzielle Sorgen hinzu; denn die Frage, ob im Falle einer Quarantäne eines gesunden Kindes eine Entschädigung gemäß §56 Abs.1a IfSG zu zahlen ist, wird aufgrund der unklaren Rechtslage von Gesundheitsämtern und den zur Auszahlung der Leistung beauftragten Stellen bundesweit unterschiedlich beantwortet: somit kommt es für den Erhalt der Entschädigungszahlung derzeit auf den Wohnort an.

Diese und noch einige weitere Probleme rund um die Quarantäne-Anordnungen für Kinder haben wir in einem offenen Brief an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und den Leiter des Robert-Koch-Instituts Prof. Dr. Wieler adressiert, wissend dass es sich dabei zu einem Teil um ein Thema auf Bundesebene handelt. Wir bitten Sie, dieses Thema zu unterstützen und ebenfalls an den relevanten Stellen zu platzieren.

Gleichwohl unterscheidet sich die aktuelle Umsetzung der Quarantäneregelungen auch maßgeblich je nach zuständigem Gesundheitsamt und - wie mutmaßlich auch der Presse zu entnehmen war - auch in Abhängigkeit von der personellen Ausstattung des jeweiligen Amtes. Wir bitten Sie deshalb, in Baden-Württemberg entsprechend die nötigen Maßnahmen zu ergreifen.

Hinweisen möchten wir in diesem Zusammenhang noch explizit auf eine Information auf der Website des Landes Baden-Württemberg bzgl. Entschädigungsansprüchen für Eltern bei Quarantäne. Hier wird




darauf verwiesen, dass bei Quarantäne einer ganzen Klasse oder Kita-Gruppe eine Entschädigung gezahlt wird. Diese Entschädigung käme aber nicht in Betracht bei einer außerhalb der Einrichtungen verursachten Quarantäne. Dies stellt aus unserer Sicht nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung dar. Wir bitten hier ebenfalls um dringende Klärung.

Den offenen Brief sowie eine Stellungnahme mit unseren Forderungen und Lösungsvorschlägen finden Sie im Anhang.

Für Fragen dazu stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

 für "Familien in der Krise"

---

Homepage: [www.familieninderkrise.com](http://www.familieninderkrise.com)

Facebook: <https://www.facebook.com/familieninderKrise/>

Twitter: [https://twitter.com/FidK\\_Bund](https://twitter.com/FidK_Bund)

Instagram: [https://www.instagram.com/familien\\_inderkrise/](https://www.instagram.com/familien_inderkrise/)

**(STM)**

**Betreff:** WG: Schilderung der Situation in den Kindertageseinrichtungen und Schulen bezüglich vermeintlichen Covid-19 Symptomen und Folgen – Bitte um ein Überdenken

**Anlagen:** Brief.pdf

**Priorität:** Hoch

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: FindK, BaWü [mailto:bw@familieninderkrise.com]

Gesendet: Mittwoch, 22. Juli 2020 17:41

An: Staatsministerium Pressestelle; Bürgerreferent (StM); Staatsministerium Poststelle; Kretschmann, Winfried (StM); Kretschmann, Winfried - Fraktion (StM Kontakt); winfried.kretschmann.wk1@gruene.landtag-bw.de; Kultusministerium (Poststelle); Eisenmann, Susanne Dr. (KM); Kultusministerium (Bürgerreferentin); susanne.eisenmann@cdu-bw.de; Kultusministerium (Pressestelle); manne.lucha@sm.bwl.de; VZ-MIN (SM STU); Ministerium für Soziales und Integration (Poststelle) (SM); Bürgerreferent (SM STU); Presse (SM STU); Manfred.Lucha@gruene.landtag-bw.de; Bürgerreferent (WM); Pressestelle (WM); Poststelle (WM); Hoffmeister-Kraut, Nicole Dr. (WM); ASMK (WM); nicole.hoffmeister-kraut@cdu.landtag-bw.de; FPS - Abteilung 9 (RPS) Kopfstelle LVN; Regierungspräsidium Stuttgart (Poststelle); FPS - Pressestelle (RPS); Stark, Dr. Karlin (RPS)

Betreff: Schilderung der Situation in den Kindertageseinrichtungen und Schulen bezüglich vermeintlichen Covid-19 Symptomen und Folgen – Bitte um ein Überdenken

Wichtigkeit: Hoch

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei finden Sie in der Anlage in Form eines PDF-Dokuments einen Brief zur Thematik

"Schilderung der Situation in den Kindertageseinrichtungen und Schulen bezüglich vermeintlichen Covid-19 Symptomen und Folgen - Bitte um ein Überdenken"

Wir bitten Sie, den Brief entsprechend den gewünschten Empfängern weiter zu leiten.

Bitte bestätigen Sie uns den Eingang dieser Mail.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Unsere Kontaktinformationen und weitere Informationen finden Sie im beiliegenden PDF-Dokument.

Wir bedanken uns im Voraus für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen,

Landesgruppe Baden-Württemberg der bundesweiten Elterninitiative „Familien in der Krise“

--

Mail: bw@familieninderkrise.com

[REDACTED] 1)  
**Betreff:**

WG: Kontaktformular Staatsministerium - Öffnung der Schulen, Kitas,  
Kindergärten

Von [REDACTED] (StM) Im Auftrag von TK Referat 33 (StM)

Gesendet: Montag, 18. Mai 2020 13:30

An: [REDACTED]

**Betreff:** WG: Kontaktformular Staatsministerium - Öffnung der Schulen, Kitas, Kindergärten

[REDACTED]  
vielen Dank für Ihre Nachricht. Ihre Zuschrift wurde zuständigkeithalber an das Ministerium für Kultus,  
Jugend und Sport übermittelt.  
Von dort erhalten Sie weitere Nachricht.

Mit freundlichen Grüßen



Baden-Württemberg

Staatsministerium Baden-Württemberg  
Abteilung III  
Richard-Wagner-Str. 15  
70184 Stuttgart

Tel.: +49 711 [REDACTED]

Fax: +49 711 [REDACTED]

E-Mail: [REDACTED]

Internet: [www.stm.baden-wuerttemberg.de](http://www.stm.baden-wuerttemberg.de)



+++bitte prüfen Sie der Umwelt zuliebe, ob der Ausdruck dieser E-Mail erforderlich ist +++

Datenschutzhinweise unter <https://stm.baden-wuerttemberg.de/datenschutz/> oder postalisch auf Anfrage.

---

**Von:** Staatsministerium [<mailto:noreply@baden-wuerttemberg.de>]

**Gesendet:** Sonntag, 17. Mai 2020 13:02

**An:** Staatsministerium Poststelle

**Betreff:** Kontaktformular Staatsministerium - Öffnung der Schulen, Kitas, Kindergärten

Anrede

Nachname

Vorname

E-Mail-Adresse

Telefonnummer

Straße

PLZ

Ort

Land

Betreff Öffnung der Schulen, Kitas, Kindergärten

Ihre Nachricht

Sehr geehrte Herr Kretschmann,

vor der gemeinsamen Konferenz der Kultusminister der Länder, möchte ich Sie gerne noch auf einige Dinge hinweisen, die meiner Meinung nach einfach vergessen gehen. Familien mit Kindern in Deutschland werden komplett im Regen stehen gelassen, überall gibt es grosszügige Lockerungen, aktuell wird sogar schon über die Wiedenzulassung von Veranstaltungen bis zu 100 Personen gesprochen, aber die Kitas, Schulen und Kindergärten dürfen nicht in einen annähernden Regelbetrieb übergehen?

Nur 50 Prozent der Kinder in den Einrichtungen zuzulassen ist sehr weit von Regelbetrieb entfernt und verschafft berufstätigen Eltern nur sehr wenig bis gar keine Entlastung. Für die meisten Eltern bedeutet es noch mehr Organisation.

Auch der Schaden für die Kinder wird immer grösser, darauf haben schon diverse medizinische Fachgesellschaften hingewiesen. Die telefonischen Notdienste melden eine alarmierende Zunahme von Verdachtsfällen auf Kindesmisshandlungen/Gewalt gegen Kinder.

Auch geht Deutschland, was die Kita, Schul- und Kindergärtenöffnungen angeht, einen Sonderweg, meiner Meinung nach aktuell nicht mehr begründet.

Es gibt bereits diverse Studien zu dem Thema "Kinder und COVID19" - einige aussagekräftiger als andere. Wir (Gruppe von Ärztinnen/Wissenschaftlerinnen der Eltern Initiative #ElterninderKrise) haben Ihnen anbei die interessantesten aus unserer Sicht zusammengestellt, sowie eine gute Zusammenfassung der bereits erschienenen Studien speziell zu dem Thema - siehe Anhang.

Aus der niederländischen Studie möchten wir Sie insbesondere auf diese beiden Grafiken hinweisen, die zeigen, wie wenig Ansteckungsgefahr für andere Altersgruppen von Kindern ausgeht:

<https://www.rivm.nl/en/novel-coronavirus-covid-19/children-and-covid-19>

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass: "the role of children in transmission is unclear, but consistent evidence is demonstrating a lower likelihood of acquiring infection, and lower rates of children bringing infections into households."

Dahingegen ist der entwicklungspsychologische Schaden insbesondere für kleine Kinder unter 10 Jahren durch die Lock-down Massnahmen besonders gross - speziell diese Gruppe wird aber in Deutschland weiterhin in hohem Masse beschränkt in ihrem normalen Lebens- und Bildungsumfeld. Auch hierzu gibt es eine Stellungnahme vom Ärzteblatt - anbei.

<https://www.aerzteblatt.de/archiv/213829/Coronakrise-Kinder-haben-das-Recht-auf-Bildung>

Die Verhältnismässigkeit der Massnahmen für Kinder sollte daher dringend überdacht werden!  
Die medial viel besprochene, aber aus wissenschaftlicher Sicht kritisch betrachtete Studie von Herrn Drosten zum Thema Kinder kennen Sie ja wahrscheinlich - falls Sie hierzu noch Expertenmeinungen brauchen, die sich speziell zu dem Thema der Studie äussern, so kann ich Ihnen auch dazu etwas schicken.

<https://www.kinder-verstehen.de/mein-werk/blog/corona-sind-kinder-nun-doch-virenschleudern/>

[http://ncirs.org.au/sites/default/files/2020-04/NCIRS%20NSW%20Schools%20COVID Summary\\_FINAL%20public 26%20April%202020.pdf](http://ncirs.org.au/sites/default/files/2020-04/NCIRS%20NSW%20Schools%20COVID%20Summary_FINAL%20public%2026%20April%202020.pdf)

<https://www.nature.com/articles/d41586-020-01354-0>

[https://www.thelancet.com/journals/lanchi/article/PIIS2352-4642\(20\)30135-8/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lanchi/article/PIIS2352-4642(20)30135-8/fulltext)

<https://www.tagblatt.ch/leben/doch-weniger-viren-im-rachen-der-kinder-schweizer-statistiker-kritisiert-den-virologen-christian-drosten-ld.1218504>

Wir möchten Sie herzlich und eindringlich bitten, unsere Anmerkungen zu beachten und in das weitere politische Vorgehen mit einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüssen,

